Fragen Flucht und Asyl – Antworten von Mag. Patricia Tschallener, Die Grünen

1. Halten Sie die Festlegung einer zahlenmäßigen "Obergrenze" für Flüchtlinge grundsätzlich für richtig? Was soll passieren, wenn diese erreicht ist?

Ich bin GEGEN eine Obergrenze! Ich bin mit Leib und Seele EU-Bürgerin und der Meinung, dass hier die EU unbedingt eine gemeinsame Lösung braucht. Hilfe vor Ort muss Vorrang bekommen und solange die nicht greift, muss die EU den Menschen Hilfe in sicheren Gebieten anbieten. Solange wir, als Europa, Raubbau in afrikanischen Ländern betreiben, Waffen in Kriegsgebiete liefern, durch den Klimawandel immer mehr Menschen die Lebensgrundlage entziehen, sind wir in der Pflicht, jenen Menschen zu helfen, die wegen dem europäischen Verhalten leiden, weil in deren Ländern Krieg herrscht. Zudem hat auch die EU-Kommission die Ansicht, dass eine Obergrenze EU-rechtswidrig ist. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht!

2. Viele Asylwerber müssen derzeit zwei Jahre oder mehr auf die Entscheidung der Behörden warten. Sollte es Ihrer Meinung nach für Asylwerber mehr Möglichkeiten zum Arbeiten geben?

Asylwerber sollen vorher arbeiten oder - speziell Jugendliche - eine Lehre beginnen können und zwar in ALLEN Lehrberufen, wenn sie eine Begabung für diesen Beruf haben und nicht nur in jene Lehrberufe einsteigen dürfen, wenn keine österreichischen oder EU-Jugendlichen gefunden werden. Ich bin also für eine Öffnung der Lehre! Für ausgebildete, erwachsene Flüchtlinge soll die Möglichkeit bestehen, auch in anderen Tätigkeiten neben Erntehilfe und Saisonarbeit zu arbeiten. Wir Grüne setzen uns dafür schon seit Langem ein! Die Menschen erhalten dadurch die Möglichkeit, zumindest teilweise für sich selbst zu sorgen, erhalten eine Tagesstruktur und tragen zu unserem Wirtschaftssystem bei. Die Sorge, dass Asylsuchende unserer Bevölkerung Arbeitsplätze wegnehmen ist meiner Meinung nach nicht gegeben, da sie speziell zu Beginn nur Hilfstätigkeiten erledigen können aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse oder Alphabetisierung. Hier wird also keine Konkurrenz zwischen Arbeitslosen und Asylsuchenden entstehen.

3. Würden Sie sich dafür einsetzen, die Ausbildungsmöglichkeiten für Asylwerber zu verbessern?

Ja, ich würde mich für mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Asylwerber einsetzen. (Ich habe das auch als Stadträtin versucht, indem ich organisiert hatte, dass alle in Hohenems Asylsuchenden von Beginn Zugang zu geregelten Deutschkursen erhalten hätten. Dies hätte lt. Berechnung der VHS und dem Bildungsreferat ca. 20.000,-- Euro gekostet, mein Vorschlag wurde aber leider abgelehnt.)
Verbesserungsvorschläge für Asylwerber: Ich könnte mir zB eine "ausgedehnte" Lehre vorstellen, bei der die Asylwerber am Beginn schon die Hälfte der Zeit praktisch arbeiten (speziell bei Handwerksberufen bräuchte es dazu nur bedingte Sprachkenntnisse, Bsp: Tischlerlehre - schleifen kann ich auch ohne Deutsch, bohren, zusehen, Arbeitsplätze sauber halten, etc.) und die andere Hälfte während des ersten Lehrjahres wird ein spezielles Augenmerk auf die Basisbildung, Sprache u. auf das Aufholen von anderen Defiziten (Mathematik, eventuell auch andere allgemeinbildende Dinge wie Sexualkunde - aktueller Artikel in der Marie, rechtliche Grundlagen in Österreich, Geschichte, etc...) gelegt. Dazu bräuchte der "Lehrling" dann zwar länger als deutschsprachige Lehrlinge, aber was die Asylsuchenden haben ist Zeit, somit dürfte das kein Problem sein, wenn für ihn/sie die Lehre 1-2 Jahre länger dauert. Hauptsache sie bekommen die Möglichkeit einer guten Ausbildung und haben danach (ob 1-2 Jahre später ist egal) die Möglichkeit, für sich selbst zu sorgen und ein eigenständiges Leben zu führen. Und sie werden von Ankunft an eingebunden und haben eine Tagesstruktur, die sie auslastet, fordert und fördert! Zudem setzen wir Grüne uns auch für eine Ausbildungsmöglichkeit für asylwerbende Jugendliche bis 18 Jahren ein, dass sie also bis 18 Jahre in die Schule gehen können. Und Harald Walser hat es in der Bildungsreform geschafft, dass diese

Jugendlichen zumindest ein 10. freiwilliges Schuljahr machen dürfen um einen positiven Schulabschluss zu erwerben.

4. Finden Sie es richtig, dass subsidiär Schutzberechtigte drei Jahre warten müssen, bevor das Verfahren zur Familienzusammenführung beginnen kann?

Nein, absolut nicht. Diese Menschen, die hier sind, leiden unter Angst und Sorge, dass ihrer Familie etwas zustößt, weil die Familienmitglieder sich noch in extremen Krisengebieten befinden. Das sehe übrigens nicht nur ich so, sondern wir Grüne allgemein und haben deshalb gegen die Novellierung im Asylgesetz gestimmt.

5. Sind Schutz und Betreuung für minderjährige Flüchtlinge in Österreich Ihrer Meinung nach ausreichend gewährleistet?

In Vorarlberg gibt es ein paar gute Beispiele, dass Jugendliche ordentlich betreut werden. Nichts desto trotz könnte man hier noch Verbesserungen erzielen, indem man dafür sorgt, dass schnell eine Familienzusammenführung passiert, dass für die Jugendlichen ein geregelter Alltag mit Schulbesuch möglich wird und dass sie auch verstärkt psychologische Betreuung erhalten, um ihre erlebten Situationen auf der Flucht besser verarbeiten zu können.

6. Wie beurteilen Sie die aktuelle Regelung für die Mindestsicherung in Vorarlberg? Finden Sie eine "Deckelung" für Familien grundsätzlich gerechtfertigt?

Die Mindestsicherung in Vorarlberg ist ein Kompromiss zwischen den Regierungsparteien, also ÖVP und Grüne. Hätte Landesrätin Wiesflecker nicht dieses Verhandlungsgeschick und diese Hartnäckigkeit gezeigt, wäre vermutlich (wie beim Gemeindegesetz) eine Lösung zwischen ÖVP u. FPÖ entstanden und diese möchte ich mir bei der Mindestsicherung nicht vorstellen. Ich vermute, diese hätte dann ähnlich wie jene in Oberösterreich ausgesehen. Im Bundesländervergleich ist Vorarlberg immer noch vorne dabei, ein Kahlschlag konnte verhindert werden und die Ziele der Armutsbekämpfung und die (Re-)Integrierung in den Arbeitsmarkt werden weiterhin verfolgt.

7. Würden Sie es unterstützen, dass die Entscheidung über das humanitäre Bleiberecht wieder in die Kompetenz der Bundesländer kommt?

Ich denke, es geht weniger darum, auf welcher Ebene entschieden wird, sondern dass ein gesetzlich verankertes Bleiberecht gilt und objektiv vollzogen wird, egal, ob das auf Landes- oder Bundesebene passiert. Wenn Menschen oder ganze Familien hier in Österreich bereits integriert sind (Kinder gehen in die Schule, die Familien sind in der Gemeinde bekannt, nehmen am gesellschaftlichen Leben teil, haben Freundschaften geschlossen,…) braucht es ein gültiges Bleiberecht. Es kann nicht sein, dass dann ein/e Sachbearbeiter/in möglicherweise willkürlich entscheidet, unabhängig der Ebene…

8. Wie würden Sie die Integration von bleibeberechtigten Flüchtlingen fördern?

Siehe Fragen oben, speziell 2 u. 3. Zudem haben wir Grüne einen 5-Punkte-Plan erarbeitet, der auf unserer Homepage nachzulesen ist.

9. Finden Sie es richtig, Menschen bei der derzeitigen Sicherheitslage nach Afghanistan abzuschieben?

Afghanistan ist kein sicheres Land. Ich war selber nicht dort, aber was in den Medien zu sehen ist, ist grausam! Ich verstehe nicht, wie man Menschen in diese Region abschieben kann. Zudem gibt es ja oft

neben Krieg auch andere Fluchtgründe (zB Verfolgung wegen Homosexualität, Religion, etc.), die ebenso berücksichtigt gehören. Die Grünen haben es mit einem Antrag im Parlament versucht, diese Abschiebungen zu stoppen, dies ist leider an ÖVP u. SPÖ gescheitert.

10. Sind Sie dafür, dass Österreich verstärkt Flüchtlinge über die Resettlement-Programme der UNO aufnimmt?

Ja! Das Resettlement-Programm hätte neben der gezielteren Betreuung von einzelnen Menschen, die dadurch auch aus irgendwelchen Lagern befreit werden könnten und somit die Möglichkeit auf ein besseres Leben bekommen, vermutlich auch noch andere positive Effekte: Es würde eventuell ein paar Emotionen aus der Flüchtlingsdebatte nehmen, weil die österreichische Bevölkerung das Gefühl bekommen würde, dass in der Flüchtlingsarbeit gezielt gesteuert und gearbeitet werden würde und das wiederum würde vielleicht eine sachlichere Diskussion und ein Agieren, statt einem Reagieren, fördern.